

Bündnis 90 / Die Grünen
Haushaltsrede
2025

Vorab möchten wir ausdrücklich betonen, dass in unseren Ausführungen an keiner Stelle einzelne Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Verwaltung gemeint sind, sondern Routinen, die nach unserem Verständnis geändert werden müssen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider, sehr geehrte Damen und Herren,
wie jedes Jahr klagen Städte und Gemeinden in dieser Zeit über leere Kassen.

Wie jedes Jahr fragen sich Bürgerinnen und Bürger in dieser Zeit, warum sie immer noch nicht aufatmen dürfen, obwohl ihnen der Staat immer tiefer in die Tasche greift.

Unübersehbar ist, dass unzureichende Anstrengungen von Bund und Land Teil des Problems sind.

Wer die Sachlage genauer betrachtet bemerkt jedoch außerdem, dass die Verfahrensweisen der Kommunen einen erheblich Beitrag zum Verdruss leisten können.

Bündnis 90 / Die Grünen hat die örtlichen Verfahrensweisen hinsichtlich des Haushaltes auf den Prüfstand gestellt.

Dabei fiel auf,

- dass ein Informationsgefälle zwischen Rat und Verwaltung Haushaltsdefiziten Vorschub leistet, da der Rat infolgedessen die Kontrollfunktion verliert und möglicherweise unerwünschten Entwicklungen nicht zeitnah entgegenwirken kann.
- dass ein Ausschluss der Öffentlichkeit Haushaltsdefiziten Vorschub leistet, da der Rat infolgedessen keine unabhängigen Experten befragen darf und einseitig informierte Beschlüsse fassen muss.
- dass eine Reduzierung der Ratssitzungen Haushaltsdefiziten Vorschub leistet, da der Rat infolgedessen Entscheidungen unter Zeitdruck treffen muss und wichtige Aspekte leichter übersehen werden.
- dass ein Verschleppen von Anträgen Haushaltsdefiziten Vorschub leistet, da der Rat infolgedessen dringend notwendige Projekte nicht veranlassen kann und die blockierten Anliegen zukünftige Haushalte belasten.
- dass ein Aufschub von Beschlüssen Haushaltsdefiziten Vorschub leistet, da der Rat infolgedessen bei Vergaben höhere Preise akzeptieren muss.

- dass ein Verzicht auf die Teilnahme an Förderprogrammen Haushaltsdefiziten Vorschub leistet, da der Rat infolgedessen nicht auf zusätzliche Mittel von Bund, Land und Kreis zurückgreifen kann.
- dass ein Verzicht auf Gesamtkonzepte im Rahmen der Projektplanung Haushaltsdefiziten Vorschub leistet, da der Rat infolgedessen bei der Umsetzung regelmäßig zu teuren Nachsteuerungen gedrängt wird.

Dass dringend notwendige Projekte durch das Verschleppen von Anträgen, den Aufschub von Ratsbeschlüssen und den Verzicht auf die Teilnahme an Förderprogrammen zukünftige Haushalte belasten, zeigt sich anschaulich in Sachen Konrad Adenauer Schule:

Hier beantragte **Bündnis 90 / Die Grünen** bereits im Februar 2025 das Erstellen eines Verkehrswertgutachtens. Dieses Anliegen wurde monatelang mit dem Hinweis auf fehlende Haushaltsmittel blockiert, obwohl die Fraktionen den Kreis längst um die Übernahme der Trägerschaft gebeten hatten, der Kreis den erwünschten Beschluss wegen des Sanierungsstaus nicht fassen wollte und das Gutachten zur Vorbereitung weiterer Planungsprozesse dringend benötigt wurde.

Aufgrund des fehlenden Gutachtens musste der Rat im Laufe des Jahres kleinere Einzelmaßnahmen ohne Kenntnis des Sanierungsstaus und ohne zugrundeliegendes Gesamtkonzept beschließen, sodass unnötige Verteuerungen des Projekts zu erwarten sind.

Obwohl diesbezügliche Förderprogramme nach Ratsbeschluss auf Initiative von **Bündnis 90 / Die Grünen** zu prüfen waren, sind Fördermittel bis heute nicht beantragt. Dementsprechend ist auch immer noch unklar, wie viele Jahre das Projekt den Haushalt der Verbandsgemeinde belasten wird.

So kann Zukunft aus Sicht von **Bündnis 90 / Die Grünen** nicht geplant werden!

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen!

Wir haben bereits im Haushaltsjahr 2025 gemeinsam ungünstigen Verfahrensweisen entgegengewirkt und erste Erfolge erzielt. Lassen Sie uns die Marschrichtung beibehalten!

Hiermit verfolgen wir keine Belanglosigkeiten.
Hiermit schaffen wir die Grundlagen einer verantwortungsvollen Haushaltsführung!

Um zu verhindern, dass wichtige zukunftsorientierte Anliegen im Haushaltsjahr 2026 erneut auf der Strecke bleiben, fordert Bündnis 90 / Die Grünen abgesehen von den bereits beschlossenen Mitteln zwecks Erstellen eines Verkehrswertgutachtens für die Konrad Adenauer Schule

1 000 000 € für das Erstellen eines Gesamtkonzeptes zur Sanierung der Konrad Adenauer Schule und zur Umsetzung erster Maßnahmen

sowie

200 000 € zur Umsetzung erster Maßnahmen des bereits auf Antrag von **Bündnis 90 / Die Grünen** beschlossenen Klimawandelanpassungskonzepts.

Dies halten wir nicht für Luxus, sondern für notwendige Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und die Zukunft unserer Infrastruktur.

Darüber hinaus entlasten beide Investitionen langfristig den Haushalt, da die Übernahme der Trägerschaft der Konrad Adenauer Schule durch den Kreis nach der Sanierung endlich beschlossen werden kann und größere klimawandelbedingte Schäden rechtzeitig abgewendet werden.